

23.08.2023

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU
der Fraktion der SPD
der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle
Drucksache 18/5018

(Die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP beantragen, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle, Drucksache 18/5018, Teil B – Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung, Beitrag 11, S. 13 f. zu TOP 18 Jahresbericht 2022 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2021 in den Absätzen 2 und 3 wie folgt zu ändern:

Absatz 2

„Der Ausschuss nimmt als zentrales Prüfergebnis zur Kenntnis, dass mehrere Empfänger der zweckgebundenen Inklusionspauschale diese im allgemeinen Haushalt vereinnahmt haben und diese Praxis nach Auffassung des LRH der durch den Gesetzgeber vorgegebenen Zweckbindung widersprochen habe.“

Absatz 3

„Der Ausschuss nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) die Auffassung des LRH geteilt hat und im Rahmen von Vergleichsvereinbarungen mit den betroffenen Kreisen Rückzahlungen sowie eine künftige Anerkennung der Zweckbindung vereinbart hat.“

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff

Jochen Ott
Sarah Philipp

Wibke Brems
Verena Schäffer
Mehrddad Mostofizadeh

Henning Höne
Marcel Hafke

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion